

Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei: Riefaer Verlag, Riesa, Nr. 20.

Das Riefaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Verlagsort: Riesa, Nr. 20.

Nr. 288.

Donnerstag, 6. Dezember 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 1. bis 7. Dezember 1923 Mk. 1.000. Einzelheft 10 Pf. Für den Fall des Eintretens von Preissteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachlieferung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Zeile 100 Gold-Pfennige; Zeitraumber und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Jede Zeile 20 Gold-Pfennige. Abdruck, wenn der Betrag verfallen, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontur gedruckt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeiträge „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ohlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Das Ermächtigungsgesetz im Reichstag.

Abg. Berlin. Der Reichstag hat das Ermächtigungsgesetz in erster und zweiter Lesung mit dem Antrag der Arbeitsgemeinschaft angenommen. Dagegen stimmten die Deutschnationalen, die Deutschvölkischen und die Kommunisten. Die dritte Lesung soll heute vorgenommen werden. Die Kommunisten haben einen Mißtrauensantrag eingebracht, über den ebenfalls heute abgestimmt werden soll.

Am Regierungstische: Reichstanzler Marx, Innenminister Dr. Jarres, Außenminister Dr. Stresemann. Präsident Ebert eröffnet die Sitzung 2 Uhr 20 Min. und teilt mit, daß der Abg. Seethmann (Soz.) sein Mandat niedergelegt habe.

Auf der Tagesordnung steht die Beiprechung der Erklärung der Reichsregierung, die verbunden wird mit der ersten und zweiten

Beratung des Ermächtigungsgesetzes.

Als erster Redner gibt Abg. Scheidemann (Soz.) folgende Erklärung ab: Die sozialdemokratische Fraktion ist in Rücksicht auf den ungeheuren Ernst der innen- und außenpolitischen Lage, die sofortige wichtige Entscheidungen erfordert, zu dem Ergebnis gekommen, dem von der Reichsregierung geforderten beschränkten Ermächtigungsgesetz zuzustimmen mit der Maßgabe, daß einer Vertretung des Reichstages dieselbe Mitwirkung zugesichert wird wie dem Reichstag.

Der Redner begründet dann die Stellungnahme seiner Fraktion und behauptet, daß die notwendigen Entscheidungen zur Lösung des Finanzproblems nicht rechtzeitig getroffen worden seien. In der Ausschaltung des Parlaments und der vorliegenden Finanzmaßnahme des Artikels 48 erblicke die Fraktion eine schwere Gefahr. Im Finanzproblem liege die Frage von Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes. — Für die Verordnungen trage die Regierung allein die Verantwortung. Die sozialdemokratische Fraktion behalte sich ihre sachliche Stellungnahme zu allen Maßnahmen der Regierung vor. Die Regierung dürfe nicht zurückweichen vor einem Antritt auf die Vermögenssubstanten. Der Grundbesitz habe sich bisher weitgehend schonen lassen. Redner verlangt Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und Sicherung des Rechts der Rhein- und Ruhrbevölkerung frei und unbeeinträchtigt an den Reichstagswahlen teilzunehmen.

Abg. Dr. Kaas (Ztr.) erklärt, daß die Begründung der letzten Regierungskrisis in weiten Kreisen des deutschen Volkes nicht verstanden worden sei, am wenigsten im besetzten Gebiet, wo man kaum wisse, wie man sich unter der Diktatur der gegenwärtigen Angriffe verteidigen solle. Die Währungs- und Finanzfragen seien heute der Kernpunkt. Kaum ein Prozent der Staatsausgaben seien noch durch Einnahmen gedeckt. Da sei schnelle Arbeit notwendig, bei der das Parlament zurücktreten müsse. Das Verhältnis zwischen Reich und Ländern müsse einer neuen Prüfung unterzogen werden. Heute sei weniger denn je der Augenblick, die guten Beziehungen zwischen Reich und Ländern abzubauen. Der Redner geht dann auf die Fragen der besetzten Gebiete ein und drückt dem Reichstanzler das Vertrauen aus, daß diese Fragen auch in ihrer Gesamtheit das erforderliche Interesse finden werden.

Das besetzte Gebiet müsse jeder Regierung schärfsten Kampfes widerstehen, die den Grundgedanken der unbedingten Schicksalsgemeinschaft der besetzten Gebiete mit dem Reich preisgeben wolle. (Beifall.) Niemals sei im deutschen Volke der Wille zu einer Verständigung mit Frankreich so stark gewesen wie heute. Die selbstverständliche Grenze sei die Rücknahme auf unsere Leistungsfähigkeit und die Wahrung der Reichseinheit. Die lokalen Beiprechungen und Aktionen sind von keiner Seite etwa in der Absicht geführt worden, die verantwortliche Reichsregierung auszuscheiden oder ihre zentrale Aktion zu sabotieren. Eine Verschiebung unserer Grenzen kommt um keinen Preis in Frage. Wenn unter der Diktatur des Terrors sich gewisse Ermüdungserscheinungen und Autonomiebestrebungen zeigen, so geschah das nicht, weil man mit den Vorurteilungsbehauptungen sympathisierte, sondern weil man fürchtete, unter dem Druck des militärischen Frankreichs schließlich doch vor einen beschränkten Entschluß gestellt zu werden. — Bei diesen Worten erhebt sich der Redner und der äußersten Linken große Unruhe, von rechts wird gerufen: Sie entschuldigen also die französischen Separatisten! Der Redner bestreitet dies energisch und zitiert einen Artikel der „Deutschen Tageszeitung“, in dem gefordert wird, daß die Leistungen an die Bevölkerung des besetzten Gebietes sofort eingeleitet werden, denn wenn das Rheinland den Franzosen als reise Frucht in den Schoß fällt, müßte wenigstens das übrige Reich erhalten bleiben. — Abg. Kaas verlangt zum Schluß eine internationale Verständigung in der Rheinlandfrage. (Beifall.)

Abg. Dr. Scholz (Ztr.): Bei uns müßte man die völlige Verantwortungslosigkeit der Opposition feststellen. Die Forderung nach Neuwahlen sei zwar verständlich, man müsse aber bedenken, daß sich unsere außenpolitische Lage dadurch katastrophal verschlechtern würde. Eine Regierung, hinter der kein Reichstag steht, werde von unseren Gegnern nicht als verhandlungsfähig angesehen werden. Der Redner schildert dann den Verlauf der letzten Regierungskrisis, die zur Bildung der jetzigen Regierung geführt hätten. Nach dem Sturz des Kabinetts Stresemann hätte die Folge sein müssen, daß eine der Oppositionsparteien die Verantwortung übernahm. Sowohl die Deutschnationalen wie die Sozialdemokraten hätten aber verweigert. Der Redner stellt fest, daß beide Parteien den Versuch nicht einmal unternommen haben. Er dankt dann dem Kabinett, daß es die mühselige und undankbare Aufgabe übernommen habe, zu warten, was noch zu retten sei. Die Deutsche Volkspartei

werde diesem Kabinett ihre Unterstützung nach jeder Richtung angeheben lassen.

Abg. Gerg (Dn.) wendet sich gegen den Vorwurf der Verantwortungslosigkeit der Opposition. Er habe gegenüber dem Reichspräsidenten die Bereitwilligkeit der Deutschnationalen, eine Regierung zu bilden, erklärt und gefragt, ob der Reichspräsident bereit sei, Artikel 48 der Verfassung im Sinne dieser neuen Regierung anzuwenden sowie die Auflösungsbefehle für den Reichstag in blanko für spätere Gelegenheiten zur Verfügung zu stellen. Er habe hinzugefügt, daß die Deutschnationalen wohl die einzige Partei seien, die die Wahlen nicht zu fürchten hätten. (Lärm und Heiterkeit.) Der Reichspräsident habe abschließend geantwortet und die Deutschnationalen Partei habe in einem offenen Brief an den Reichspräsidenten die Verantwortung dafür abgelehnt, daß nicht in parlamentarischen Sinne eine Lösung und dem Konflikt gelöst worden sei. Der Redner schließt mit einer Erklärung seiner Fraktion, in der es heißt, daß das Volk die Hoffnung auf eine günstige Wendung nur darin setzen dürfe, daß rechtsgerichtete Kreise bestimmenden Einfluß auf die Regierung bekommen. Die Bildung einer nationalen Regierung sei nicht gelungen, da sich die Mittelparteien nicht entschließen konnten, die Forderungen aus dem Verband der Verbündeten zu ziehen. Die Haltung in der Preußenfrage entspreche nicht dem Reichsinteresse. Wieder einmal habe der Fraktionsgeist und die Angst vor den Wahlen gesteuert. Der Reichstag müsse aufgelöst werden. Die Erklärung stellt zum Schluß fest, daß die Deutschnationalen Partei der jetzigen Regierung kein Vertrauen entgegenbringen könne und dem Ermächtigungsgesetz nicht zustimmen werde. (Beif. rechts. — Allgemeine Bewegung.)

Abg. Haas (Dem.) betont die Sachlichkeit und ruhige Überlegung des neuen Kabinetts, die zunächst für das Vertrauen der Demokraten mitbestimmend sei. Die vorliegenden Kritiken seien für die Kritiker unseres Vaterlandes gefährlich. Baden könne sich rühmen, daß es seit November 1918 überhaupt keine Krisis erlebt habe. Obgleich trage der Fehlerhaft konstruierte deutsche Parlamentarismus an diesen Krisen schuld, aber auch die Regierung belasse eine starke Schuld. Daneben trage auch die Politik der Entente ein großes Maß von Schuld. Der Redner bezeichnet es fälschlich, daß mit der Sozialdemokratie praktische Politik nicht gemacht werden könne. Die Sozialdemokratie habe einen sehr schweren Fehler begangen und bei ihrem Mißtrauensvotum nicht an die Folgen gedacht. Gerade in dieser Zeit sei der Mut der Unpopulartät das Gebotene gewesen. Die Koalition in Preußen habe sich bewährt. Republik und Staat seien besser geschützt, wenn die Deutschnationalen nicht in der Regierung sind. Der Redner tritt für eine Politik der Verständigung zwischen Bürgertum und Arbeiterklasse ein und fordert die Sozialdemokratie dringend auf, den Mittelparteien die Fortführung der bisherigen Politik nicht unmöglich zu machen. Die Haltung der Demokraten werde sich nach den Taten der Regierung richten. Sollten diese im Widerspruch mit den Forderungen der Demokraten stehen, so kündigt der Redner der Regierung schärfstes Mißtrauen an. Starke Bedenken äußert er gegen die Übernahme des Innenministers Dr. Jarres mit Rücksicht auf seine Rheinlandpolitik. Notwendig sei ein Abbau des Staatsapparates. Der harte Beamtenabbau müsse aber vernünftig gemacht werden. Erforderlich sei auch der Abbau der Preise. In Bayern müsse Ordnung geschaffen werden, damit Deutsche nicht aus Bayern ausgewiesen werden können. Der Redner fordert Wiederherstellung der Integrität der Länder. Der Ausnahmezustand dürfe nur vorübergehend sein. Ein besseres Verhältnis zwischen der Reichswehr und der Bevölkerung sei notwendig. Der Redner spricht der Regierung das Vertrauen seiner Fraktion aus, und bittet sie, der Republik zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Abg. Reich (Bayer. Volksp.) weist darauf hin, daß im deutschen Volke sich eine bedeutende Schwärzung nach rechts vollziehe. Die neue Regierung habe keine zuverlässige Mehrheit hinter sich. Auch der bayerischen Volkspartei sei es schwer geworden, den Abg. Emminger als Justizminister zu stellen. Von einigen Seiten werde es als eine schwere Belastung angesehen, daß drei Bayern in dem neuen Kabinett seien. (Heiterkeit.) Der Redner stimmt dem Ermächtigungsgesetz an, spricht aber die Erwartung aus, daß die Regierung die in dem bayerischen Antrag niedergelegten föderalistischen Wünsche berücksichtigen wird und betont, daß der Eintritt Dr. Emmingers in das Kabinett keine Bindung für die Fraktion bedeute.

Abg. Höllein (Komm.) steht in der Erklärung der Sozialdemokraten das schändlichste Dokument der Unterwerfung und in der Regierungserklärung den „Mantel für den wirklichen Herzog, den Militärbefehlshaber General v. Seeckt“. Die Kommunisten würden sich nicht mundtot machen lassen.

Abg. von Graefe (Deutschvölk.) bezeichnet das Ermächtigungsgesetz in der in Aussicht genommenen Form als geradezu lächerlich. Das erste Kabinett Stresemann habe sich auf einen eisenhohen roten Sockel gestellt, jetzt sei dem blonden Scheitel Stresemanns eine schwarze Perrücke übergeschleppt worden. (Heiterkeit.) Der Redner verweist sich gegen frühere Vorwürfe des Reichswehrministers Seeckt und erklärt, allein in der deutschvölkischen Freiheitsbewegung seien die Kräfte vorhanden, die Deutschland wieder in die Höhe bringen können.

Abg. Ledebour (bel. Fr.) unterläßt die Beschwerden der beiden Vordränger über das Verbot ihrer Parteien. Inzwischen ist folgender Mißtrauensantrag eingebracht: Die Reichsregierung hat nicht das Vertrauen des Reichstages, dessen sie nach Artikel 48 der Reichsverfassung bedarf. Damit schließt die erste Lesung des Ermächtigungsgesetzes.

gelesen. Die Abstimmung über das kommunistische Mißtrauensvotum erfolgt am Donnerstag.

Es folgt sofort die zweite Lesung des Ermächtigungsgesetzes. Eine Erörterung findet nicht mehr statt. Ein Antrag der Arbeitsgemeinschaft, monach vor Erlass der Verordnungen ein Ausschuss des Reichstages von 15 Mitgliedern in vertraulicher Beratung zu hören ist, wird gegen Deutschnationalen, Deutschvölkischen und Kommunisten angenommen. Mit diesem Antrag wird darauf das Ermächtigungsgesetz von derselben Mehrheit in zweiter Lesung angenommen.

Das Haus verläßt sich. Donnerstag 1 Uhr: Dritte Lesung des Ermächtigungsgesetzes und Abstimmung über das Mißtrauensvotum der Kommunisten.

„Berlin. Der „Reif. Sta.“ zufolge haben der Reichstagspräsident und seine Parteigenossen einen aus von den 21 Mitgliedern des Verfassungsausschusses unterzeichneten Antrag eingebracht, wonach bei Artikel 35 der Reichsverfassung eingefügt werden soll, daß ein Ueberwachungsamt die Rechte des Reichstages wahrnimmt, auch für den Fall der Auflösung des Reichstages, bis zum Aufammentritt des neuen Reichstages.

Der bayerische Landtag zum Hitlerputsch.

München. Im Ständigen Ausschuss des Landtages kam am Mittwoch die sozialdemokratischen Anträge betreffend die Aufhebung des Besatzungsmandats und betreffend die Maßnahmen gegen den Hitlerputsch zur Behandlung.

Gleich nach Eröffnung der Sitzung, an der auch sämtliche Staatsminister teilnahmen, nahm Ministerpräsident Dr. v. Künzing das Wort zu einer Rede über den Hitlerputsch und die politische Lage in Bayern und führte u. a. aus: Der Hitlerputsch wäre schon in der Nacht zum 28. September eingetreten, wenn nicht durch Verhängung des Ausnahmezustandes und Bestellung eines Generalstaatskommissars die Gefahr zunächst noch verhindert worden wäre. Der Ministerpräsident ging dann zunächst noch auf den Fall des Generals von Seeckt ein und erklärte, daß das Reichswehrministerium diesen Fall als einen rein militärischen Personalfall behandelt und ihm zu dem Schluß, daß Bayern das Recht für sich in Anspruch nehmen dürfe, auf Grund der Reichsverfassung den bayerischen Landeskommandanten im Amte zu belassen, da seine Amtsenthebung zweifellos zu einer starken Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung führen könne. Der Ministerpräsident erklärte es nicht für unwahrscheinlich, daß eine für Bayern ehrenvolle Erledigung dieses Falles zu erwarten sei. In den Vorgängen am 8. und 9. November fehlte es nicht an einem Abzug der politischen Nachrichtendienst und die politischen Sicherheitsmaßnahmen vollständig verlagert hätten und was am 8. November im Bürgerheim-Keller vollamtiert wurde, sei nicht bloß ein hochverräterisches Unternehmen, sondern auch eine große Dummheit und zugleich eine Todesfalle gegen den vaterländischen Gedanken gewesen. Keinesfalls könne nur die Durchführung des Strafverfahrens gegen die Führer des Putsches genügen. Vielmehr sei die Fortsetzung nach einer Generalamnestie erhoben worden. In einem Rechtsstaate gibt es ohne Urteil keine Amnestie. Eine Überlegung des Strafverfahrens würde auch gleichbedeutend sein mit einem Freibrief für weitere Verbrechen. Eine Auslieferung der Schuldigen an den Reichsgerichtshof sei vom bayerischen Standpunkte aus unhaltbar und nicht erörterungsfähig. Der Ministerpräsident erklärte, es wäre eine große Täuschung, zu glauben, daß nun jede Gefahr überwunden sei. An die neue Reichsregierung muß alsbald mit den bayerischen Forderungen wegen des verfassungsmäßigen Ausbaues des Reiches auf bundesstaatlicher Grundlage herangetreten werden. Zu dem äußeren Stand tritt noch das inaktive wirtschaftliche Elend. Ferner die unglückliche Herrschaft und Zerfahrenheit in den vaterländischen Kreisen. Durchgreifende Sparmaßnahmen sind notwendig. Dem Landtage werde daher ein Ermächtigungsgesetz mit weitestgehendem außerordentlichen Vollmachten ausgeben.

Die Ausführungen des Ministerpräsidenten wurden mit besonderem Beifall der Rechten aufgenommen, als er den Putsch scharf verurteilte und es als eine der dringlichsten Aufgaben bezeichnete, das Reich auf der Grundlage des Bismarckschen Bundesstaates auszubauen, und als er schließlich davon sprach, daß das Kabinett und der Landtag die teuren Platz in seiner Weise zustimmen könne. Am Schluß der Rede, in der der Ministerpräsident aufhorchte, alle lebendigen Staatsbehörden des Reiches zu einem tätigen Handeln und zur Rettung des Vaterlandes unter harter Führung zusammenzufassen, folgte besonders lebhafter Beifall.

Der Ausschuss trat sofort in die politische Aussprache ein. Als erster sprach der sozialdemokratische Abg. Timm. Er erklärte, die Regierung sei schuld daran, daß Hitlers Putschtruppen so stark geworden seien.

Dezember-Neubestellungen

auf das Riefaer Tageblatt" zum Besage durch die Post werden heute noch von der Geschäftsstelle in Riesa, Goethestraße 59, angenommen.

Der Ausnahmezustand müsse schnellstens aufgehoben werden. An den Differenzen zwischen Bayern und dem Reich sei ausschließlich die bayerische Regierung schuld. Es müsse ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur Prüfung aller mit dem Hitlerputz zusammenhängenden Vorgänge eingesetzt werden. Keine Partei bewillige der Regierung das Ermächtigungsgesetz nicht.

Der kommunistische Abgeordnete Kenderl sagte, die heutige kapitalistische Gesellschaft sei nicht in der Lage, die Arbeiter und Mittelschichten in Deutschland vor dem Hunger zu retten.

Endres (Sozialdemokrat) übte scharfe Kritik an dem Verhalten der Regierung und des Generalstaatskommissars und bemerkte, an der nationalsozialistischen Bewegung beteiligte sich auch jetzt noch eine Anzahl Staatsbeamter. Zwei Beamte des obersten bayerischen Gerichtshofes hätten am Hitler teilgenommen. Die bayerische Regierung und die bürgerlichen Parteien seien die intellektuellen Urheber der Vorgänge in den Diktaturen. Warum habe die Regierung die führenden Persönlichkeiten nicht verhaftet, ehe das Unglück geschehen war? Die sozialistische Partei erkenne den Generalstaatskommissar überhaupt nicht an.

Auch Dill (Sozialdemokrat) bemängelte scharf das Verhalten der Regierung gegenüber den Nationalsozialisten und sagte, der Ministerpräsident habe wie ein Favorant, aber nicht wie ein politischer, verantwortlicher Staatsmann gesprochen. (Große Unruhe. Burschenschaft des Redners durch den Präsidenten.) Das Angehörigste in der deutschen Geschichte seit 100 Jahren sei die Art und Weise der Durchführung des letzten Verbots der sozialistischen Presse im ganzen Lande gewesen.

Nach der Rede Dills vertagte das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag.

Vor der Entscheidung der Rheinfrage.

Berlin. Im Reichskabinett wurden gestern die Beratungen über die Rheinlandfrage fortgesetzt. In Verbindung mit der Stellungnahme der preussischen Staatsregierung beschloß auch die Reichsregierung, daß die Lösung der Rheinlandfrage nur im Rahmen der Reichs- und Landesverfassungen erfolgen könne.

Berlin. Die gestrigen Besprechungen der Reichsregierung mit Vertretern der Rheinlande dienten lediglich der Festlegung der Tagesordnung für die heute mittags um 1 Uhr beginnende sachliche Beratung. Bei den gestrigen Besprechungen machte der Reichskanzler davon Mitteilung, daß innerhalb des Reichskabinetts unter dem Vorsitz des Reichskanzlers ein rheinischer Ausschuss gebildet worden sei, dem der Reichsminister für den öffentlichen Verkehr, der Reichsarbeitsminister und der Minister für die besetzten Gebiete angehören. Wie verlautet, soll in den heutigen Besprechungen u. a. über die weitere Unternehmung der Erwerbslosen und Sozialrentner im Ruhrgebiet verhandelt werden, da die für diesen Zweck bewilligten 100 Millionen Rentenmark aufgebraucht seien.

Gingelheiten zum Abbau der Ruhrbeziehung.

Berlin. Der Sonderberichterstatter der Chicago Tribune hat bedeutende Angaben über den bevorstehenden Abbau der Ruhrbeziehung gemacht. Nach ihm zu schließen, haben die internationalen Militärbehörden kurz nach der Unterzeichnung des Abkommens mit Stinnes einen Plan zur Häufung des besetzten Ruhrgebietes mit den deutschen Militärbehörden aufgearbeitet. Auf Grund dieser Abschlüsse sollen die Besatzungstruppen, die sich z. B. auf 55000 Mann belaufen, auf 10000 Mann vermindert werden. Die deutschen Beamten erlangen von diesem Zeitpunkt ab wieder die Kontrolle über die Zollstationen, öffentlichen Gebäude und Verkehr. Wie bereits mitgeteilt, wird der französische Generalstab seinen Sitz aus Düsseldorf nach Mainz verlegen und eben'so wird das belgische Hauptquartier aus Sterkrade nach Duisburg überföhen. Von einer besonders

Die Sache rentiert sich!

versicherte uns vor wenigen Tagen ein Insarant, als wir nach dem Erfolg seines Insarates in unserem Rießer Tageblatt fragten.

Tagesgeschichte.

Übermald ein deutscher Offizier zum Tode verurteilt. Die „Agence Havas“ meldet aus Rom: Das Kriegsgericht des 25. Armeekorps hat den Kommandeur der bayerischen 8. Division, den deutschen General v. Breitkopf, in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Der Anklage liegt die einseitige Behauptung zu Grunde, daß seine Truppen im August 1924 in dem Dorfe Waize Plünderungen und Brandstiftungen begangen hätten.

Der bayerische Finanzminister zurückgetreten. Der Finanzminister Dr. Kraußneck ist zurückgetreten. Der Grund für den Rücktritt ist, daß der Minister rat das von Dr. Kraußneck vorgelegte Ermächtigungsgesetz in einem wesentlichen Punkte abgeändert hat.

60 000 Millionen beschlagnahmt. Am 30. November hat die französische Besatzungsbehörde in der Reichsbankstelle Düsseldorf 60 000 Millionen Mark Reichsbanknoten beschlagnahmt lassen.

Die Freie Arbeiterunion in Braunschweig aufgelöst. Die Braunschweiger Ortsgruppe der Freien Arbeiterunion ist von der Polizei aufgelöst worden. Das gesamte Inventar sowie reichhaltige Bücher- und Broschürenmaterial ist beschlagnahmt worden.

Stillelegung des Braunschweiger Bahnhofsneubaus. Die bereits weit vorgeschrittenen Arbeiten am neuen Braunschweiger Bahnhof sind wegen Mangels an Mitteln gänzlich eingestellt worden.

Streik im Pariser Buchdruckgewerbe. Die Pariser Beher haben gestern beschlossen, bei den Firmen, die sich nicht zur Zahlung eines Stundenlohnes von 4 Fr. bereit erklärt haben, heute zu streiken.

Erwerbslosen-Unruhen mit blutigem Ausgang.

Wanne. Gestern vormittag kam es hier zu erregten Demonstrationen der Erwerbslosen. Die Versammlungen der Beden von Wanne, Sichel und Medlinghausen rühten in geschlossenen Reihen vor das Rathaus in Wanne und verlangten dort durch eine Deputation der Betriebsräte die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützungen in doppelter Höhe der staatlichen Sätze. Während hierüber verhandelt wurde, brüdete die Masse der draußen herrenenden Erwerbslosen die zum Schutze des Rathauses aufgestellten Polizei-truppen an und griff die Polizei mit Revolverkugeln und Steinwürfen an. Die Polizei machte hierauf, nachdem sechs Schüsse auf sie abgegeben und mehrere Beamte durch Steinwürfe verletzt waren, in der Notwehr von der Schußwaffe Gebrauch, wobei auch einer vorläufigen Feststellung Neben Verurteilungen erlitt und etwa 30 mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Durch das Eingreifen der Besatzungstruppen wurden die Demonstrationen zerstreut und die Ruhe wieder hergestellt. Das Rathaus wurde zum Schutze durch Besatzungstruppen besetzt.

Deutschlandhilfe im Ausland.

Wien. Die nächste Sitzung des Nationalrates findet am Dienstag, den 11. Dezember statt. Auf der Tagesordnung stehen der Bericht des Budgetausschusses über einen Antrag betreffend eine Widmung für die Notleidenden in Deutschland und erste Lesungen. — Auf unpolitischer Grundlage hat sich gestern in Prag eine Zentralstelle für Deutschlandhilfe konstituiert, um die einzelnen Aktionen der Deutschen in der Tschechoslowakei einheitlich zusammenzufassen.

Amerikas Stellungnahme zur Unternehmung der deutschen Zahlungsfähigkeit.

London. Der Washingtoner Berichterstatter der „Times“ meldet, der amerikanische Berichterstatter sei jetzt offiziell der Plan der Reparationskommission, zwei Ausschüsse zur Unternehmung der deutschen Finanzen zu bilden, mitgeteilt worden. Die sie eingeladen worden, die Möglichkeit der Ernennung amerikanischer Sachverständiger zu Mitgliedern zu erwägen. Dieses Stadium sei vorangetrieben worden, als letztes des Staatssekretärs Hughes Versicherungen über den andauernden Wunsch Amerikas, hinsichtlich zu sein, gegeben wurden. Hughes habe jedoch genauere Informationen hinsichtlich der Arbeit der Ausschüsse gewünscht und vor Entsendung dieser Informationen sei kein Fortschritt zu erwarten. Die Vereinigten Staaten seien gleich der britischen Regierung hauptsächlich an dem ersten der beiden Ausschüsse interessiert, der sich mit den Mitteln zur Ausgleichung des deutschen Budgets und der Stabilisierung der deutschen Währung befaßt. Kein Plan zur Auszahlung des deutschen Budgets und der Stabilisierung der deutschen Währung könne aufgestellt werden, ohne Unternehmung des gesamten deutschen Staatseinkommens, eine Unternehmung, wie sie die Vereinigten Staaten vor einem Jahre vorzuschlagen und der sich Frankreich vor kurzem zustimmen ließ. Wenn Frankreich jetzt einverstanden ist, daß diese Unternehmung stattfinden, so bestehe einige Hoffnung, daß die Vereinigten Staaten sich bereit erklären, amerikanische Sachverständige in die Ausschüsse zu ernennen. Andernfalls würden sie es höchst ablehnen, an den Arbeiten des Ausschusses teilzunehmen. Die Frage sei, wie weit Frankreich zu gehen bereit sei. Paris werde jetzt um Informationen über diesen Punkt ersucht.

Neue kommunistische Demonstrationen in Berlin?

Berlin. Wie der Polizei bekannt geworden ist, beschließen die Kommunisten am heutigen Donnerstag Demonstrationen großer Stills an verschiedenen Stellen der Stadt, besonders im Lustgarten und am Mittenberaplatz. Die Polizei wird dergleichen verbotswidrigen Treiben mit allen verfügbaren Mitteln entgegenzutreten.

Die Preise fallen — die Kaufkraft steigt!

Jetzt ist es höchste Zeit, durch Reklame im „Rieser Tageblatt“ wieder einen festen Kundenstamm heranzuziehen und sich ein gutes Weihnachtsgeschäft zu sichern.

Angelas Heirat.

Roman von L. G. Robert.

40. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

„Sie haben mich gerufen, Frau Martens,“ sagte der Geheimrat mit eisiger Höflichkeit. „kann ich irgend etwas für Sie tun?“

„Jawohl,“ erwiderte sie, und ihre Stimme klang gar nicht aufgeregt, sondern ganz ruhig. „jajawohl, Herr Geheimrat, Sie können etwas für mich tun. Bitte, sagen Sie mir ganz offen, ob Sie alle Hoffnung aufgegeben haben, je wieder von meinem Mann zu hören, und ob Sie immer noch an dem Glauben festhalten, daß er ein gemeiner Vandalenverräter ist?“

Mit dem stolz zurückgeworfenen Kopf und dem Strahlentrang, den die Sonne um ihren goldblonden Kopf wob, sah sie berückend schön aus, wie sie erwartungsvoll zu Bierling aufschah.

„Nehmen Sie es mir nicht übel,“ erwiderte er zögernd, aber das ist eine Frage, die ich lieber nicht mehr mit Ihnen erörtern möchte. Wenn ich Ihnen irgend etwas mitteilen hätte, würde ich Sie benachrichtigt haben, wenn ich irgendeine Hoffnung hätte, würde ich selbstverständlich mit Ihnen darüber gesprochen haben, aber ich fürchte, ich habe weder eine Hoffnung noch eine Nachricht für Sie.“

„Sie glauben also, daß Erich für immer verschwunden ist, daß er niemals nach Deutschland oder zu mir zurückkehren wird?“

Angelas Stimme zitterte nicht bei diesen Worten, aber ihre Augen glänzten von unversorgenen Tränen, und ihre Lippen bebten.

„Es ist mir außerordentlich schmerzhaft, es Ihnen sagen zu müssen, aber — ich glaube nicht, — daß irgend jemand von uns Erich Martens je wiedersehen wird,“ sprach Herr Bierling langsam und feierlich und sah so traurig, als ob er von einem Toten spräche. „Wir haben alles getan, was wir konnten, und es ist uns nicht gelungen, seine Spur zu finden oder irgend etwas von ihm zu hören, und“ — er sprach wieder mit offenbarem Widerstreben — „die Beweise gegen ihn sind so furchtbar überwältigend, daß wir wirklich nicht mehr auf seine Unschuld hoffen dürfen. Es ist immer besser, verehrte gnädige Frau, den Dingen mutig ins Gesicht zu sehen, selbst solch schrecklichen Dingen wie diese, — und ich kann Ihnen nur sagen, es ist

meine feste Überzeugung, daß Herr Martens längst unter anderem Namen in die Dienste der Regierung getreten ist, die ihn gut genug bezahlte, um ihn zum Verräter an seinem eigenen Lande werden zu lassen.“

Angela fuhr zurück, als habe er sie geschlagen. „Ich glaub's nicht, ich glaub's nicht!“ rief sie, und der Geheimrat sah sie mit mitleidigen Blicken an.

„Es tut mir sehr leid,“ sagte er. „Ich kann Ihnen gar nicht sagen, wie leid es mir tut, Ihnen so weh zu tun. Aber Sie haben mich, Ihnen die Wahrheit zu sagen, und ich halte dies für die Wahrheit. Es wäre doch merkwürdig, wenn wir gerade, seit das Fehlen der Depeschen entvedt wurde, zufällig keine Nachricht von Herrn Martens erhalten hätten. Sie müssen dies selbst zugestehen. Wenn er unschuldig wäre, hätte er doch sicher wenigstens an Sie geschrieben, aber Sie wissen ebensowenig von ihm wie wir, er ist wie von der Erdoberfläche verschwunden. Ich fürchte, unsere Auslegung der rätselhaften Geschichte ist die einzig richtige, aber ich wiederhole, es tut mir aufrichtig leid, es Ihnen sagen zu müssen.“

Er streckte die Hand aus und nahm Angelas, und das Mittel drückte sich noch deutlicher in seinen Blicken aus, als er nun genauer bemerkte, wie die junge Frau sich in den wenigen Monaten der Ungewißheit und des Harrens verändert hatte. Ihr Gesicht war um zehn Jahre älter geworden, es zeigte nicht mehr den Frohsinn der Jugend, scharfe Linien waren um den Mund eingegraben, und die Augen waren von breiten, schwarzen Ringen umrahmt. Eine tiefe Trauer prägte sich in ihren Zügen aus, die dem Geheimrat zu Herzen ging.

„Ich wollte, sagte er, „ich könnte Ihnen mehr Trost und Hoffnung geben,“ und ein heißer Jörn stieg in ihm auf gegen den Mann, der diesem schönen, jungen Wesen solchen Kummer hatte verursachen können.

„Es gibt keinen Trost und keine Hoffnung mehr für mich,“ sagte Angela niedergeschlagen und entzog ihm ihre Hand, während sie ihn mit verzweiflungsvollen Blicken anschaute. „Alle Welt hat sich gegen Erich verbündet. Sie sind gegen ihn, sein bester Freund zweifelt an ihm, und ich — und ich — o Gott —“

„Und Sie?“

„Ich weiß nicht mehr, was ich denken und glauben soll,“ rief sie heftig. „Ich weiß es nicht, ich weiß es nicht!“ Und ohne ein Wort des Abschieds wandte sie sich von Bierling ab und rannte den Dudenweg hinunter, ohne

darin zu denken, daß sie ohne Hut und Handschuhe war, und daß ihr Aussehen die Spießbürger von Grauberg hofieren mußte. Für diese Menschen, die einen so engbegrenzten Horizont hatten, war alles, was nicht genau dem Hergebrachten entsprach, furchtbar und konnte unter keinen Umständen gebuddet werden. Sie würden entsetzt die Hände zum Himmel gehoben haben, wenn sie Angela jetzt gesehen hätten, ohne Hut und Handschuhe und ihr schönes Haar vom Winde zerzaust.

Als sie das Ende des Wegs erreicht hatte, blickte der Geheimrat ihr nach, und fast sah es aus, als ob er die Absicht habe, ihr zu folgen. Aber ein Blick auf seine Uhr zeigte ihm, daß er nach seinem ausgedehnten Besuch in der Villa Horn selbst bei der größten Eile kaum noch Zeit hatte, seinen Zug zu erreichen. Und so eilte er denn in der entgegengesetzten Richtung davon, und je weiter er sich von ihr entfernte, desto blasser wurde das Bild des armen, unglücklichen jungen Weibes, und desto mehr Macht gewann wieder der Zauber der berückenden jungen Witwe über ihn, die er vorhin verlassen. Die Gedanken an sie waren angenehmer als die an die arme kleine Angela, und er versank in herrliche Träume von einer nicht allzu fernen Zukunft, wo sein Haus nicht mehr ohne Herrin sein würde, und wo die hübsche Villa Horn ihre noch hübschere Mieterin verlieren mußte, die dann nicht mehr Witwe sein würde.

Angela lief unterdessen plan- und ziellos vor sich hin. Es war ihr ebenso gleichgültig, wohin sie schließlich gelangte, als was die paar Leute von ihr dachten, die ihr in ihrem wilden Lauf begegneten. Sie hatte nur das unabwendbare Bedürfnis, sich müde zu laufen, so müde, daß sie die quälenden Sorgen vergaß, die sie an den Rand der Verzweiflung zu bringen drohten. Der Geheimrat und Rolf hatten sie beinahe so weit gebracht, — beinahe, aber doch nicht ganz —, daß sie selbst begann, an Erichs Schuld zu glauben. Sein eigenes Schweigen, Sterns Zweifel, des Geheimrats Überzeugung von seiner Schuld, das alles hatte auf sie gewirkt, wie der stetig fallende Tropfen, der schließlich den festesten Stein höhlt. Hauptächlich war ihr Glaube an Erich dadurch erschüttert worden, daß er selbst sogar nichts von sich hören ließ; er war wie vom Erdboden verschwunden. Als auf ihre bringenden, flehentlichen Telegramme keine Antwort gekommen war, da war die Hoffnung in ihrem Herzen langsam erstorben, aber der Glaube war geblieben, wurde er doch unterstützt durch die Liebe, die in die stärke von dem freien ist.

Derfliches und Sächliches.

Miesla, den 6. Dezember 1923.

Der Elternrat der Knabenschule hat am 3. 12. eine Sitzung ab, in der er zunächst Kenntnis nahm von der Veranstaltung eines Volksliederabend durch den Schuldirektor und von der Genehmigung einer Sammlung freiwilliger Geldspenden zur Beschaffung von Lieberbüchern für die Schule. Es wurde angeregt, die seit im Gange befindliche Sammlung von Kleingeld zum Besten bedürftiger Kinder fortzusetzen und zu erweitern durch Annahme von Münzsparen usw. Zu der Frage, ob eine Zusammenlegung des Unterrichts auf 3 oder gar 4 Tage erfolgen könne, um eine Ersparnis an Lehrmaterialien zu erzielen, trat man einmütig der Entscheidung des städtischen Schulrats bei, daß in Rücksicht auf die Gesundheit der Kinder und der Lehrer und die ungenügende wirtschaftliche Lage sehr vieler Eltern von einer solchen Maßnahme bestimmt abgesehen werden müsse. Ebenso möge der Turnunterricht während des Winters keine Einschränkung erfahren und die Turnhalle deshalb wie bisher möglich bedient werden. Der Vorschlag, das Schulhaus wöchentlich nur einmal zu leihen, muß aus hygienischen Gründen auf Entscheidung abgesehen werden. Im Hinblick auf die Durchführung der Beamtenabbauperordnung wurde ebenfalls folgende Entscheidung angenommen, die alsbald den maßgebenden Stellen zur Kenntnis gebracht werden soll: Der Elternrat der Knabenschule in Miesla warnt aufs eindringlichste davor, die durch das Reichsgesetz über den Beamtenabbau angeordneten Spar- und Abbaumaßnahmen schematisch und auf das Gebiet der Volksschule zu übertragen, da durch sie die Unterrichts- und Erziehungsarbeit an unseren Kindern erschwert, die körperliche, geistige und sittliche Not unserer Jugend vergrößert und der Wiederaufbau unseres Volkes durch das kommende Geschlecht gebindert wird, während in unseren Reihen der Not gerade eine gute Schulbildung und staatserbaltende Erziehung doppelt notwendig ist. — Ganz besonders aber beschäftigte man sich mit der Frage, wie der Not unserer Kinder gesteuert werden kann, nachdem Schulleiter Hofmann an der Hand reiches Beobachtungsmaterial vorgelegt hatte, daß es tatsächlich auch hier bereits viele Kinder gibt, die hungern zur Schule gehen müssen, kein Frühstück von daheim mitbringen können, sehr geringes Mittagessen erhalten, namentlich aber auch in der Kleidung großen Mangel leiden. Erfreulich ist es, daß die Jungen selbst in mehreren Klassen sofort ihren mitleidigen Kameraden zu Hilfe gekommen sind, indem sie ihnen reichlich Frühstück zur Schule mitbrachten. Die Mitglieder des Elternrats griffen unverzüglich auch ihrerseits fräftig in das Dilemma ein, indem sie sich bereit erklärten, gemeinsam mit der Behörde dafür zu sorgen, daß allen hungernden Kindern durch Veranlassung privater Wohltätigkeit zur täglichen Verpflegung mit Mittagstisch verholfen werde. (Schon am folgenden Tage wurden der Schulleitung zahlreiche Familien namhaft gemacht, die zuzusetzen, an einem oder mehreren Tagen der Woche 1 ein Kind zu speisen, und gewiß tragen auch diese Stellen dazu bei, den Anregungen zur Kinderhilfe weitere Verbreitung zu schaffen. Zur Auswahl der bedürftigen Kinder sind selbstverständlich die Lehrer sämtlicher Schulen gern bereit.) Da auch in Bezug auf Kleidung und Leibwäsche bei vielen Kindern sehr traurige Zustände bestehen, soll ebenfalls um Abgabe von Kleidungsstücken und Schuhwerk an die Schulleitungen als Verteilungsorten gebeten werden. — Schließlich wurde erneut angeregt, die städtischen Behörden um Ueberlassung geeigneten Landes für einen Arbeitsgärtchen zu ersuchen. In Zukunft sollen die Eltern allgemein zum Besuch der Elternratsitzungen eingeladen werden.

Geht es in Miesla worden ist am 5. d. Mts. mittags zwischen 11.45 und 1.15 aus dem Haus der ehemaligen Kaiserhofes am Rosenplatz einer armen Frau ein eiserne Handschloß, dessen Schlüssel und Lehne rot, das Stülpblech holzfarbig gestrichen gewesen ist. Der Verbleib des Stülpblechs sei verboten und wie die rechte Verhältnisse wachsam gewesen. Sachdienliche Mitteilung erbitet der Kriminalpolizei. Brunerl.

Was bringen die Kinost? In den Kammern des städtischen (Hauptstr.) läuft ab morgen der Großfilm „Die drei Marien und der Herr von Marana“. — Im Zentraltheater Gröbha gelangt morgen an den Film „Der Abenteuer einer Nacht“ zur Vorführung. Näheres ist aus dem Anzeigenteil zu erfahren.

Andersetzungen durch die Reichswehr. Gestern mittags um 1/2 1 Uhr ab fand in der neuen Schulturnhalle in Großenhain eine Speisung von 326 Knaben und Mädchen durch die Reichswehr statt. In der Festhalle am hinteren Eingang der Turnhalle nahmen sie die Speise, es gab schmackhafte in Rindfleischbrühe gekochte Nudeln, in Empfang. In der Turnhalle waren lange Tafeln und Bänke aufgestellt, an denen die Kinder ihr Essen einnahmen. Nach einer besondere Freude wurde den Kindern dadurch zuteil, daß sechs Trompeter der Reichswehr die „Festmusik“ spielten. Nachdem am Abend mittags die Speisung wiederholt. Am Montag hatte eine Speisung von gegen 30 Kindern und gegen 60 erwachsenen bedürftigen Personen in der Schule zu Hauptdorf stattgefunden. Der gab's fräftigen, in Fleischbrühe gekochten Reis. Nächsten Montag mittags findet eine Speisung durch die Festliche in Jätschen, am Mittwoch in Klein- und Großgrätz und am Sonnabend in Rindgrätz statt.

Zur Erwerbslosenunterstützung. In einer gemeinsamen Sitzung des Reichslandrats mit dem preussischen Provinzialrat wurde bei der Aussprache über die Mittel zur Wahrung der immer schwieriger sich gestaltenden wirtschaftlichen Lage namentlich auch im besetzten Gebiet des Reichslandrats, Erwerbslosenunterstützungsmittel in solchen Fällen nicht mehr zu zahlen, in denen von einer nachweislich vorhandenen Erwerbsmöglichkeit kein Gebrauch gemacht wird.

Ruhestandsbesätze. Die Postanstalten können den Ankauf der in Papiermarkt gezahlten Versorgungsgebühren in wertbeständige Zahlungsmittel infolge neuer Anordnung des Reichspostministeriums weiterhin nur noch insoweit ausführen, als es sich um Guthabnisse für das zweite, dritte und vierte Novemberdrittel handelt. Von den Versorgungsgebühren der in Papiergeld und im Ruhestand befindlichen sächsischen Beamten, Gehilfen und Lehrer und deren Hinterbliebenen für die erste Dezemberhälfte nicht der Teil von 70 v. H. durch die Postanstalten in wertbeständige Zahlungsmittel umgetauscht werden. Am Ausgleich dafür werden die Versorgungsgebühren für die zweite Dezemberhälfte und gegebenenfalls auch spätere Zahlungen in voller Höhe in wertbeständige Zahlungsmittel überwiesen werden.

Neuere St. Nikolaus. Der 6. Dezember besitzt in vielen Gegenden die Bedeutung einer Weihnachtsfeier.

Er ist dem heiligen Nikolaus geweiht und war schon seit den alten Germanen ein Tag besonderer Belustigungen und Umzüge. Mit der Einführung des Christentums wurde aus dem heidnischen Brauch ein christlicher. St. Nikolaus mit seinem Knecht ritt am Abend des Tages durch die Straßen und beschenkte die Kinder. Später ging er von Haus zu Haus und spendete Kefel und Rüsse.

Aus dem ehemaligen Königs-Haus. Die Gemahlin des Prinzen Ernst Heinrich, Sophie geb. Prinzessin von Luxemburg und Nassau, ist am 2. Dezember in München von einem gelungenen Knaben entbunden worden. Der am 12. April 1921 geschlossene Ehe ist bereits am 9. Mai 1922 ein Sohn entworfen.

Strasburger Ministerpräsidenten gegen die Leipziger Neuesten Nachrichten. Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei teilt mit, daß Ministerpräsident Heßlich gegen die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ einen Strafantrag wegen Verleumdung erhoben habe. Die Verleumdung wird darin erblickt, daß die genannte Zeitung in ihrer Montagnummer geschrieben hat, „Heßlich habe die Reichswehr in schamloser Weise verleumdelt. Es handelt sich hier nicht um die letzten Angriffe und Enthaltungen der „L. N.“, sondern um eine Bemerkung, die der Erwiderung der Reichswehr auf die Angriffe Heßlichs vorausgegangen war.“

Der Sozialdemokratische Landespartei tag. Auf dem sozialdemokratischen Landespartei tag, der bekanntlich am Sonntag in Dresden stattfand, wurde u. a. noch folgender Antrag angenommen: Der Landespartei tag wählt einen Ausschuss, der die wichtigsten Ereignisse in Sachsen während der Reaktionskatastrophe Dr. Reigners in zeitlicher Reihenfolge zusammenstellt. Mit diesem Material soll in allen Parteikreisen in Teilsachsen die Wahrheit über die wirklichen Ereignisse verbreitet werden. Dabei soll die Stellung des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion gegen Sachsen gekennzeichnet werden. Gleichzeitig soll die Stellung der sächsischen Partei zur großen Koalition, zum Ermächtigungsgesetz und zum Arbeitszeitgesetz dargestellt und begründet werden. In den Ausschuss wurden die Genossen Art, Graupe, Edel, Müller-Gemuth und Reuber-Weiß gewählt.

München. Der Rindenschüttereverein bestreift und umgarnet am 8. und 9. Dez. im Gasthof des Herrn Neupf in München seine diesjährige Ausstellung verbunden mit Besichtigung, Besprechung und Verlosung. Der Verein hat seine Wähe präsident, um den Besuchern etwas Nützliches für den Rindenschutts, der Fleisch- und Verlesungsmittel vorzuführen. Ein Besuch der Ausstellung wird von der hohen wirtschaftlichen Bedeutung der Rindenschutts überaus.

Dresden. Die Kommunisten hatten in Dresden versucht, im geheimen ein Parteibüro herzustellen. Wie die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei mitteilt, besetzte die Polizei gestern die Drucker, verhaftete den Redakteur, zwei Schriftleiter und eine anwesende vierte Person. Die Hand- und Fußspuren sowie die Schriftstücke und sonstige Geräte wurden beschlagnahmt.

Dresden. Dem Oberbürgermeister sind von einem sächsischen Unternehmen 1000 Goldmark für die Zwecke der Rotenemission, sowie 1500 sächsische Kronen als Spende der Bevölkerung von Reimert und Umgarbung für die bevorstehende Bevölkerung Dresdens zur Verfügung gestellt worden.

Dresden. Das Versteck des Volkspolizeibüros teilt mit: Mittwoch vormittags gegen 9 Uhr kam es in der Wohnung der getrennt lebenden Schlosserbedienten L. Jakobson, 3. J., im Weissen ihres Liebhabers zu heftigen Auseinandersetzungen mit dem Gemanen der L., der unerwartet in der Wohnung erschienen war, um eine Geldangelegenheit zu regeln. Im Verlauf des Streites zog der Geman der L. plötzlich einen Revolver, feuerte auf seine Frau und ihren Liebhaber mehrere Schüsse ab, durch die die Frau sofort getötet wurde, während ihr Liebhaber mit einigen Verletzungen davonkam. L. stellte sich nach der Tat der Polizei.

Weslau. Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei meldet: Da hier eine Anzahl Gemeinderatsmitglieder von der Reichswehr verhaftet wurden, konnten infolge Beschäftigungslosigkeit keine Gemeinderatsitzungen abgehalten werden. Hohenstein. Der 50jährige Strumpfwirker Müller aus Hohenstein-Ernstthal wurde bei einem Einbruch bei einem Gutsherrn in Reichenbach gefasst und mußte ohne Beute die Flucht ergreifen. Auf dieser Flucht erlitt er in einem abgelegenen Teich, schleifte sich noch einige Meter weit und blieb dann, vermutlich infolge innerer Verletzung, tot liegen.

Leipzig. Am 28. November wurden zwei Leipziger, die mehrere falsche Geldnoten in den Verkehr gebracht hatten, festgenommen. Bei der Untersuchung durch die Kriminalpolizei stellte es sich heraus, daß man nicht nur die Verursacher, sondern auch die Verleiher der falschen Scheine ermitteln konnte. Einer der Täter ist Buchdrucker, der andere Steinbrücker. Zur selben Zeit kamen vier Arbeiter und ein Handelsvertreter in Dörf, die gleichfalls Geldscheine gefälscht hatten. In beiden Fällen ist der angeordnete Schaden nicht bedeutend, da die Beschaffung der Fälscher in die Anfangszeit ihrer Tätigkeit fiel.

Weiteres Senken der Lebensmittelpreise.

Berlin. Verhandlungen der Berliner Bäckereipolizei mit dem Verband der Bäckereimeister Großberlins haben gestern zu einer neuen Senkung des Brotpreises geführt. Von heute ab beträgt der Preis für helles Brot 78 Pf., für dunkles Brot 74 Pf. Auf dem Berliner Schlachthof ermäßigten sich gestern die Preise der Rindern um 27 Prozent, bei Rälbern um 35 Prozent, bei Hammeln um 25 Prozent und bei Schweinen um 28 Prozent. Die Bäckereipolizei hat darauf den Nachbittzwang aufgehoben. Auch die Gewinnspanne des Nahrungsmittelgroßhandels wurde gestern nach längeren Verhandlungen mit Vertretern der Polizei erheblich herabgesetzt.

Düsseldorf. Infolge des Fallens der Devisenkurse sind auch hier, besonders bei den Fett- und Fleischwaren, die Preise gesenkt worden, und zwar durchschnittlich um 30 Prozent. Die Milch- und Wotpreise sind vom Preisabbau unberührt geblieben.

Frankfurt a. M. Auch hier macht sich ein langsame Rückgang der Lebensmittelpreise bemerkbar. Roggenbrot ging von 820 auf 760 Milliarden zurück. Speisekartoffeln wurden um durchschnittlich 10 Prozent billiger. Der Preis für Eier sank von 48 auf 36 Pf.

Draunburg. Die Verhandlungen des Braunschweigischen Ernährungsdirektors mit den zuständigen Stellen haben zu einer allgemeinen Vereinbarung der Lebensmittelpreise geführt. Die Preisprüfungsstelle zur Dämpfung des Wuchers und zum Schutz des realen Handels gegen unbedachte Vorkürfe des laufenden Publikums hat vorläufige Höchstpreise festgelegt. Die Staatsbehörden geben mit äußerster Schärfe gegen Wuchersfälle vor. Verschiedene Väden wurden zwangsweise geschlossen und die Wotrate beschlagnahmt. Den Inhabern solcher Geschäfte wurde die Handelslaubnis entzogen.

Arbeitnehmer und Lohnpolitik.

Die Spitzen der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen haben sich in einer gemeinsamen Eingabe an den Reichsarbeitsminister gewandt, um Protest zu erheben gegen die für die Arbeiter untragbar gewordene Lohnpolitik der Unternehmerverbände. Es heißt in der Eingabe u. a.: Der schwarze Druck der wirtschaftlichen Krise und deren

Tausende lesen

das Miesler Tageblatt täglich mit den neuesten Nachrichten. Tausenden kommt Dein Inserat im Miesler Tageblatt zu Gesicht.

Darum inseriere!

Es bringt Erfolg und Gewinn!

Effektivste Werbung durch die Arbeitgeber hat die Arbeitnehmer im Kampf um einen angemessenen Lohn in eine sehr ungünstige Lage gebracht. Aufgabe des Reichsarbeitsministeriums müßte es sein, die wirtschaftlich Schwächeren zu stützen und eine Ausbeutung der Arbeitskraft zu vermeiden. Die Gewerkschaften beweisen, daß die vom Reichsarbeitsministerium mit Richtlinien versehenen Schlichtungsausschüsse dieser Aufgabe nachzukommen gewillt sind. Die Gewerkschaften bestritten, daß die Belastung der deutschen Wirtschaft generell eine Lohnberabsetzung auf zwei Drittel des Friedenslohnes notwendig macht und bestritten ferner, daß ein solches Lohnniveau zur Bewahrung der wirtschaftlichen Verhältnisse beitragen könne. Es könne nicht bestritten werden, daß infolge der Weltwirtschaft die echte Goldmark bereits an Kaufkraft mehr als ein Drittel eingebüßt habe; zuerst könnten aber die Weltmarktlöhne nur in Goldmarken oder Rentenmark vereinbart werden, die an Kaufkraft erheblich hinter den echten Goldmark zurückstehen. Für die Beurteilung der wirtschaftlich möglichen Lohnhöhe sei aber die Preisentwicklung entscheidend und nachdem feststehe, daß die Preise ein Vielfaches der Vorkriegshöhe betragen, könne nicht die Rede davon sein, daß die Löhne nicht einmal die Vorkriegshöhe erreichen dürfen.

„Die Verpflegung der Reichswehr.“

Der sächsische Innenminister Liepmann gibt in der „Dresdener Volkszeitung“ Antwort auf den Artikel der „Leipziger N. N.“ — Die Verpflegung der Reichswehr — und schreibt u. a.: Alles, was in dem Artikel behauptet werde, sei bereits am 30. Mai dieses Jahres von der sächsischen Regierung mit dem Reichswehrminister Gehlen und dem General Müller samt seinem Stabe besprochen und später mehrfach behandelt worden. Bei den der sächsischen Regierung pflichtgemäß obliegenden Beobachtungen von Waffentransporten, Waffenlagern usw. hätten bestimmte Spuren immer wieder zur Reichswehr geführt. Das Mißtrauen weiter Bevölkerungskreise sei auch erzeugt worden durch zahlreiche Einziehungen von Zivilpersonen und militärische Übungen auf dem Truppenübungsplatz. Da die Zivilpersonen, die in diese Dinge verwickelt waren, der Regierung als extrem gerichtete Elemente bekannt waren, mußte die Regierung befürchten, daß die engen Verbindungen zwischen Reichswehr und diesen Personen der republikanischen Bevölkerung Sachsen einmal recht verhängnisvoll werden könnten. Die tendenziösen Aufmachungen der „L. N.“ reden von ungeheuren Kosten. Es müßte gesagt werden, daß die sächsische Regierung nicht die Mittel für diese Zwecke aufwenden konnte, die notwendig gewesen wären. Die Arbeiten müßten umseitig von den Regierungskommissaren und anderen Beamten nebenbei erledigt werden. Leiber hätten der Regierung nicht genug Mittel zur Verfügung gestanden. Die tatsächliche Entwicklung habe leider deutlich gezeigt, daß die Verleumdungen der sächsischen Regierung nur zu begründet waren. Gerade der Aufstellung der Reichswehr mit rechtsradikal gesinnten Elementen aus Kreisen des Bürgertums, der Studenten, der Stahlhelmleute usw. sei es zu verdanken, daß in der besetzten barbarischen Weite mit der republikanischen Bevölkerung durch Weichschmeicheleien ungesprochen wurde. Wäre es der sächsischen Regierung möglich gewesen, mit ihren Einlagen an den Reichswehrminister die Verhaftung der extremen rechtsradikalen Elemente durch Einziehung in die Reichswehr zu verhindern, wäre es gelungen, die Reichswehr von solchen Elementen freizuhalten, dann wären wahrscheinlich der republikanischen sächsischen Bevölkerung viele bittere Erfahrungen, viel schmerzliches Leid und vielleicht auch viele Tote und Vermundete erspart geblieben.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 6. Dezember 1923.

Berlin. Zu den Ausführungen des Abgeordneten Dergt in der gestrigen Reichstagsdebatte über die Vorgänge bei der Neubildung des Reichslandrats mit den Parteiführern erzählt die II. von zühändiger Stelle folgendes: Der Reichspräsident bleibt bestimmt bei den Darlegungen, die er in seinem Antwortschreiben an die Deutschnationale Partei abgegeben hat. Er muß es ablehnen, sich über die Einzelheiten der vertretlichen Besprechungen mit den Parteiführern in der Öffentlichkeit zu äußern.

Ein Jendendirektor verhaftet. Wessentzischen. Gestern morgen wurde aus bisher unbekanntem Gründen von den Franzosen der Direktor Luchsen der Zeche „Anser Fritz“ verhaftet. Diese Verhaftung ist umso auffälliger, als die Schachanlage „Anser Fritz“ unter das Mannesmannabkommen mit der Rifum fällt.

Ermächtigungsbesetz auch in Braunschweig. Braunschweig. Der Landtag nahm einen von der Regierung eingebrachten Besetzentswurf an, wonach das braunschweigische Staatsministerium ermächtigt wird, zur Durchführung des Personalabbaus die Organisation der braunschweigischen Staatsbehörden und der Schulverwaltung, sowie das Verfahren der Behörden umzugestalten.

Eine italienische Stimme gegen den kochspieligen Unterhalt der Reparationskommission. Rom. Die „Ade Nazionale“ weist darauf hin, daß die Reparationskommission infolge des Ausbleibens der deutschen Geldleistungen über keine Mittel mehr verfügt und verlangt, daß der kochspielige Unterhalt der Reparationskommission nicht den beteiligten Regierungen auferlegt, sondern daß nun endlich der übergroße Apparat der Reparationskommission hart verkleinert werde, weil er größtenteils überflüssig sei. Besonders müßten die allzu hohen Gehälter beschnitten werden. Die bisherige Verschwendung müßte sofort aufhören.

Der Separatist Matthes gegen Dörfen. Paris. Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf hat Matthes an den französischen Oberkommissar Lörz einen Brief gerichtet, in dem er als Vertreter der Liga für die rheinisch-westfälische Unabhängigkeit gegen die Einrichtung eines provisorischen Regimes unter der Leitung von Dörfen in Ems protestiert und hinzufügt, er behalte sich das Recht vor, seine Regierung wieder zu errichten, wenn er es für opportun und für notwendig halte, was augenblicklich nicht der Fall sei.

Russische Spenden für deutsche Gelehrte. Warschau. Das von russischen Gelehrten gebildete Hilfskomitee für deutsche Gelehrte verhandelt mit den russischen Wissenschafts- und Kulturinstituten über eine Einladung deutscher Fachleute nach Rußland. Einige deutsche Gelehrte sind bereits auf Einladung des Obersten Volkswirtschaftsrates und der Universitäten eingetroffen. Der Verband russischer Gelehrter hat eine fünfprozentige Gehaltssteigerung an den deutschen Kollegen beschlossen.

Ein gutes Weihnachtsgeschäft
sichert man sich durch regelmäßiges Inserieren im „Miesler Tageblatt“.

Zweites.
Was der Storch in Afrika erlebte. Von dem Gold, Malch und Beide. Von Karl Smald. Ausgewählt von Clara Senner. Mit 4 Tafeln und zahlreichen Abbildungen von Willy Wland. Preis gehb. Grundriß M. 2,80. Französische Verlagsbuchhandlung, Stuttgart. Smalds naturgeschichtliche Märchen haben sich in der deutschen Lieberlehre von Herrn. Sin reich zu den Uebungsbüchern der Jugend entwickelt. An dem uns vorliegenden, solchen bei der französischen Verlagsbuchhandlung in Stuttgart erschienenen Bande „Was der Storch in Afrika erlebte“ hat die bekannte Juwelierin Clara Senner einige der besten Smald'schen Märchen zusammengefaßt und diese — sei es nun zum Vorlesen oder Selbstlesen — unserer 6-8 jährigen Jugend mundgerecht gemacht. Gewiß hat schon mancher der vielen Freunde Smald'scher Erzählungen den Wunsch nach einer einfacheren und damit auch billigeren Ausgabe seiner Märchen gehabt. Dieser Wunsch ist mit dem neuen Büchlein in Erfüllung gegangen. Möge das Büchlein, das, wie die anderen Smald'schen, mit reizenden Holz- und Stahlbildern von Willy Wland geschmückt ist, recht große Verbreitung finden.

Volkswirtschaftliches.
Die Reichsrichtzahl für Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für Montag, den 3. Dezember, auf das 1515 milliardenfache der Vorkriegszeit. Bezugsjahr der Vorkriegszeit (1913) ist demnach eine Abnahme von 1,3 Prozent zu verzeichnen. Für den Durchschnitt des Monats November berechnet sich die Reichsrichtzahl auf das 657 milliardenfache gegenüber dem 3657 milliardenfachen im Durchschnitt des Monats Oktober. Dies entspricht einer Steigerung von 17,86 Prozent. Die Lebenshaltungskosten ohne Bekleidung sind im Durchschnitt des Monats November auf das 633 milliardenfache, die Ernährungskosten allein auf das 623 milliardenfache der Vorkriegszeit gestiegen.
Die Großhandelsrichtzahl. Die auf den 1. Dezember berechnete Großhandelsrichtzahl des Statistischen Reichsamtes ergibt bei einem amtlichen Dollarkurs von 4,2 Billionen Mark das 1337,4 milliardenfache des Friedensstandes und ist somit gegenüber dem Stande vom 27. November (1422,9 milliardenfache) um 6 v. H. zurückgegangen. Dementsprechend hat sich der Goldkurs der Großhandelsrichtzahl (1913 = 100) von 142,3 auf 133,7 oder um 6 v. H. senkt. Der Rückgang wird vornehmlich durch die Gerahmung der überhöhten Lebensmittelpreise bewirkt.
Die Berliner Vorbörse am Mittwoch. Die gestern erfolgte Verbesserung der Markt im Auslande machte gestern weitere Fortschritte. Aus New York wurde ein Schluskurs von 25 Cts. für 1 Billion gemeldet, welcher einer Dollarparität unter dem amtlichen Berliner Kurs und man nimmt an, daß infolgedessen die Aufträge an dem amtlichen Berliner Markt sich um ein beträchtliches verringern, jedoch

es der Reichsbank bald mäßig sein wird. Höhere Zuteilungen vorzunehmen, was bereits letztern vielfach der Fall war. Auch aus London hört man einen wesentlich günstigeren Kurs für die Mark, bereits am gestrigen Vormittage zahlte man 1 Pfund für 17,15 Billion. Eine Gerahmung der amtlichen Kurse ist wohl nicht zu erwarten, da die Reichsbank zuerst den Versuch machen will, die Nachfrage vollständig zu befriedigen und sämtliche Devisen voll anzuteilen. Goldanleihe und Dollaranleihe sind auch am heutigen Morgen bereits stark angeboten und die amtlichen Zuteilungen dürften wohl noch über das Maß der gestrigen hinausgehen. Die Tendenz am Effektenmarkt bleibt weiter flau. Immer mehr setzt sich, daß das Publikum sich allgemein in größerem Umfange zurückzieht.
Der Kurszettel der Berliner Börse auf wertbehafteter Basis. Wie man hört, geht die schon vor einiger Zeit innerhalb des Berliner Börsenverbandes angestellte Frage der Umstellung des Kurszettels der Berliner Börse auf wertbehafteter Basis nunmehr der Lösung entgegen. Die Grundlage der Börsennotierungen für Effekten soll die Rentenmarkt bilden.
Die Deckung für die Rentenbriefe vorhanden. Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, werden die Finanzämter gemäß den Durchführungsbekanntmachungen zur Verordnung über die Errichtung der Deutschen Rentenbank vom 15. 10. 23 die sogenannten **Deckungsbescheide** den belasteten landwirtschaftlichen und industriellen Unternehmungen demnächst ausgeben lassen. Bekanntlich hat die Deutsche Rentenbank durch die mit Gesetzeskraft erlassene Verordnung vom 15. 10. 23 an den Grundbesitz, die dauernd land- und forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken dienen, eine auf Goldmark lautende Grundschuld in Höhe von 4 v. H. des Wertbeitragswertes (§ 6 Absatz 1) erworben. Ferner ist durch die gleiche Verordnung den industriellen, gewerblichen und Handelsbetrieben einschließlich der Banken (§ 9 Absatz 1) die Verpflichtung zur Auszahlung von Goldschuldschreibungen auferlegt, mit der Maßgabe, daß die Gesamtbelastung der Industrie die gleiche ist wie die der Landwirtschaft. Die Deckung für die Rentenbriefe und damit auch für die Rentenbankanleihe ist daher schon jetzt vorhanden. Die Höhe des Betrages der Einzahlungen ist das amtliche amtliche Finanzamt nach Maßgabe des § 33 der eingangs erwähnten Durchführungsbekanntmachungen fest und erteilt hierüber den Verpflichteten einen besonderen Festsetzungsbescheid, der den Beteiligten in den nächsten Wochen bereits zuzuteilen werden wird.
Die Richtpreisbestimmungen des Deutschen Stahlbundes außer Kraft. Wie die Deutsche Verwertungsgesellschaft berichtet, ist in der letzten Mitgliederversammlung des Deutschen Stahlbundes beschlossen worden, die Richtpreisbestimmungen mit sofortiger Wirkung außer Kraft zu setzen. Die Stahlb.-G. m. b. H. bleibt hingegen als Interessenvertretung der Werke nach wie vor bestehen.
Marktberichte.
 Amtliche Notierungen der Produkten-Börse zu Chemnitz am 5. Dezember, nachm. 3 Uhr. Stimmung: flau. Weizen 190

bis 190, Roggen 190 — 190, Sommergerste —, Wintergerste 24, bis 190, Hafer 180 — 185, Mais — Goldmark für 1000 kg. Weizenmehl 42, Roggenmehl 33, Weizenkleie 8,00, Roggenkleie 8,00, Wiesenerde 6,50, Getreide-Stroh gepreßt 2,50 Goldmark für je 100 kg.
Künftig festgelegte Preise an der Produktionsstätte zu Berlin am 5. Dezember. Weizen und Weizenmehl pro 1000 kg. sonst pro 100 kg. In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark. Weizen märkischer 180 — 183, mecklenburger 174 — 176. Matt. Roggen märkischer 159 — 160, schlesischer 181 — 183, westpreussischer 159. Matt. Gerste, Sommergerste 166 — 167. Flau. Mais märkischer 146 — 148, pommerischer 148 — 145, schlesischer 145 — 146. Matt. Weizenmehl 29 — 33,50. Feinste Marken über Stettin. Matt. Roggenmehl 27 — 30,50. Matt. Weizenkleie und Roggenkleie 7 — 7,20. Stroh, Kaps 335. Stroh, Viktoria-Größen 48 — 58, kleine Weizen-Größen 38 — 36, Weizenstroh 17 — 19, Terraballa 20 bis 23. Kapsstücken 13.

Heutiger Dollarkurs (amtl.): 421050000000
 (unverändert)
 Fernsprechanmeldung, ohne Gewähr.

Wirtschaftszahlen für den 6. Dezember 1923.
 (in Milliarden)

1 Goldmark (Berliner Weizenzins)	1 002 500 000 000	Papiermark
1 Goldpfennig	10 025 000 000	Papiermark
Goldankaufpreis	640	Doll. p. kg
Silberankaufpreis (1-Mark-Stück)	12 267 500 000 000	Mark
Goldumrechnungssatz	400 000 000 000	Mark
für Reichsteuern und Eisenbahntarif		
Reichsrichtzahl	1 515 000 000 000	(Wiedergang 1,2%)
Sächsische Gesamtzahl (mit Bekleidung)	1 600 000 000 000	(Wiedergang 0,9%)
" (ohne ")	1 598 000 000 000	(Wiedergang 1,7%)
Großhandelsrichtzahl	1 337 400 000 000	(Wiedergang 6%)
Gegenwert des Goldmarkens bei Auslandspreisen ufm.		
1 Billion		
Fernspreckgebühr:		
Es kostet ein Gespräch im Ortsverkehr		
0,15 Goldmark		
im Fernverkehr bis 100 km		
0,30 — 1,35 Goldmark		
(unabhängig nach dem Gebührensatz für Reichsteuern)		
Telegraphengebühr: Wortgebühr im Fernverkehr		
0,15 Goldmark		
Wortgebühr im Ortsverkehr		
0,75 Goldmark		
(unabhängig nach dem Gebührensatz für Reichsteuern)		
Vorkurs:		
Ortsbrief	0,05 Goldmark	
Ortspostkarte	0,03 Goldmark	
Fernbrief	0,10 Goldmark	
Fernpostkarte	0,05 Goldmark	
Auslandsbrief	0,30 Goldmark	
nach Ungarn und Tschecho-Slowakei	0,25 Goldmark	
Auslandspostkarte	0,20 Goldmark	
nach Ungarn und Tschecho-Slowakei	0,15 Goldmark	
(unabhängig nach dem Gebührensatz für Reichsteuern)		
Buchhändlerzuschlag	1 100 000 000 000	

Weihnachtsanzeigen

für die Freitag- oder Sonnabend-Ausgabe des Rieser Tageblattes wolle man heute noch anfertigen und sofort in der Geschäftsstelle des Rieser Tageblattes, Goethestr. 59, abgeben lassen, damit bei der Satzherstellung auf ein eindrucksvolles Aussehen der Anzeige besonderer Wert gelegt werden kann. — Anzeigen-Aufnahme täglich von früh 8 bis 6 Uhr abends.

Am tliche s.
 Wir geben hiermit bekannt, daß von uns auf die Dauer von drei Jahren in Nicht genommen worden sind:
 Frau Marie vhl. Lieberwirth, Riesa — Stadtteil Gröba — als stellv. Bezirksvorsteherin für den VII. Bezirk.
 Frau Elisabeth vhl. Fischer, Riesa — Stadtteil Gröba — als stellv. Bezirksvorsteherin für den VIII. Bezirk.
 Frau Hilma vhl. Hoff, Riesa — Stadtteil Gröba — als stellv. Bezirksvorsteherin für den IX. Bezirk.
 Herr Fabrikarbeiter Curt Martin, Riesa — Stadtteil Weida — als Bezirksvorsteher für den X. Bezirk und
 Herr Kaufmann Ernst Zähne, Riesa — Stadtteil Weida — als stellv. Bezirksvorsteher für den X. Bezirk.
 Der Rat der Stadt Riesa, 4. Dezember 1923. R5.

Laden oder Geschäft gesucht!
 Kapitalkräftige Firma sucht passenden Laden in guter Verkehrsstraße zu mieten. Evtl. wird bestehendes Geschäft käuflich gegen wertbehaft. Verablung übernommen. Wohnung nicht erforderlich! — Verschwiegenheit zugesichert!
 Angebote unter J. R. 22507 an Rudolf Mosse, Berlin SW. 19 erbeten.

Mehrbrenner Hund inelassen. Abzuholen Höderan, Sandbergr. 4.
Wohnungsmietung. Schöne sonnige Wohnung, St. 2. R. Küche u. Zubehör, mit gleicher oder größerer in Gröba od. Nähe Bahnhof zu tauschen gesucht. Off. E X 723 an Tabl. Riesa.
Mädchen in gutem Hause (schulfrei) sucht sofort oder später Frau Ing. Hammer, Maschinenfabrik, Müggeln bei Cöb. ab.
Bäderlehrling. Sohn achtbarer Eltern, welcher Lust hat die Bäderlei zu erlernen, findet gute Lehrstelle bei Conrad Wolf, Riesa, Teichgrabenstr. 23.
Zuverlässiger energischer Beamter (mögl. gelernt. Eisenhändler) für Wagenverwaltung u. Materialausgabe sofort gesucht. Ausführl. schriftl. Bewerbung an Riesaer Waggenfabrik Feidler & Co., Alt-Weid., Riesa.
Hausmannsposten zu vergeben an fleißig. ordentliche, zuverlässige Leute. Wohnung ist zu tauschen. Angebote unter E Y 794 an das Tageblatt Riesa.
 Ein Paar Damenschuhe, Nr. 40, wie neu, zu verk. Schumann, Rolandsstr. 5. 1.

Zentraltheater Gröba
 Freitag bis Montag
 Ein glänzendes Belprogramm

Harry Piel:
Abenteuer einer Nacht

Zentraltheater Gröba
 Freitag bis Montag
 Vorführungen: 7 bis 9 Uhr

M. G. B. „Jüngertranz“ Riesa.
 7 Uhr, findet unser diesj. Weihnachts- vergangen im Söbner-Saal statt durch Aufführung des Weihnachtsmärchens mit Orchester:
„König Wictel vom Zwergenland“
 in 5 Bildern von Arthur Büttner. Musik von Kurt Goll. Spielleitung und Einstudierung der Balletts: Johannes Schneider. — Karten für Gäste sind beim Vorhingen zu haben. Mitglieder haben sich durch Vereinszeichen od. durch Mitgliedskarte auszuweisen.
 Nach der Aufführung BALL.

Christbäume.
 1 Ladung echte bayrische Edeltannen und Nichten ist heute eingetroffen und stellt sofort zum Verkauf
Otto Hammitzsch, Gartenbaubetrieb
 Schützenstraße.

Münchritz a. Elbe.
 Sonnabend, d. 8. u. Sonntag, d. 9. Dezember, im Gasthof Reusch
große Kaninchenausstellung
 des Bezirksverb. Großenhain, unter Beteiligung des Schwarz- und Blau-Club-Großh. verbunden mit Prämierung, Verkauf u. Produkten- Schau. 400 Tiere sind angemeldet.
Die Ausstellungsleitung.

Stadtveternärat
Martin Meissner u. Frau
 Friederike geb. Kindt
 geben die Verlobung ihrer Tochter
 Elfriede mit Herrn Dr. rer. pol.
 Hermann Pfaffendorf bekannt.
 Riesa, im Dezember 1923.

Restaurant „Goldne Krone“.
 Freitag, Sonnabend, Sonntag
Bodvierauskunft.

Kammerlichtspiele
 Hauptstr. 1
 Nur noch heute:
„Und dennoch ward es Morgen“ 2. Teil.
 Ab morgen Freitag:
Reinhold Schünzel
 in seinem Meisterwerke
Die drei Marien und der Herr von Marana.
 6 gewaltige Akte. — Verschwendung. — Rot Nord. — Laster sind der Hintergrund zu diesem großangelegten Werke.
 Täglich ab 7 und 9 Uhr, Sonntags ab 5 Uhr.

Visitenkarten
 100 Stück M. 3,00
 liefert schnellstens
 Buchdruckerei
 Langer & Winterlich
 Riesa, Goethestraße 56.

Kontor-Stehpult
 einseitig, zu kaufen gesucht.
 Zu erfragen b. Erwin Ehrhardt, Bauhägerstraße 10.

Dr. rer. pol.
Elfriede Meissner
 Dr. rer. pol.
Hermann Pfaffendorf
 Verlobte.
 Riesa Lindenstrasse 39. Magdeburg Kaiserstrasse 51.

Leichtmotorrad
 1 1/2 PS, Preis 300 Goldmark, verkauft A. Grandt, Paer Seithain.

Geschäfts-Briefumschläge
 mit Firmenaufruch 1000 Stück von Mark 8,50 an fertig schnellstens
Langer & Winterlich
 Riesa, Goethestraße 59.

Gasthof „Stadt Riesa“
 Bobbin.
 Freitag, Sonnabend, Sonntag, u. folgenden Tage
Bodvierauskunft.
 Rettich gratis. Um alligen Zutrud bitten der Wirt.

Ihre Vermählung geben bekannt
Oskar Eckardt und Frau
 Johanna geb. Müller
 Riesa, Bauhäger Straße 24
 Auerbach i. Vogtl.
 Deabr. 1923

Nach langem, schwerem Leben verschied gestern unser innig geliebter Sohn, Bruder und Onkel
Rudi.
 Die tieftrauernde Mutter
Anna verwa. Pantrag
 und Hinterbliebene.
 Riesa, Elbstr. 6.
 am 6. Dezember 1923.
 Die Beerdigung findet Sonnabend 2 Uhr von der Halle aus statt.

Die heutige Nr. umfasst 4 Seiten.